

Künftige Altersrenten in Deutschland: Relative Stabilität im Westen, starker Rückgang im Osten

Johannes Geyer
jgeyer@diw.de

Viktor Steiner
vsteiner@diw.de

Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Jahrzehnten und die jüngsten Rentenreformen werden sich erheblich auf die Rentenansprüche künftiger Rentnergenerationen auswirken. Dies zeigt eine aktuelle Studie des DIW Berlin im Auftrag der Deutschen Rentenversicherung. Während die Entwicklung in Westdeutschland auch künftig durch ein relativ stabiles durchschnittliches Rentenniveau der Männer und einen Anstieg der Rentenanwartschaften bei den Frauen gekennzeichnet ist, muss in Ostdeutschland sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern mit einem deutlichen Rückgang der durchschnittlichen Rentenansprüche der jüngeren Geburtskohorten gegenüber dem bisherigen Rentenniveau gerechnet werden. Dies ist vor allem auf die hohe Arbeitslosigkeit nach der Wende und damit einhergehende unvollständige Erwerbsbiografien sowie auf geringe Löhne im Osten zurückzuführen.

In geringerem Umfang wirken sich auch die Reformen zur Stabilisierung der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung aus. Schreibt man diese Entwicklungen fort, so sinkt der durchschnittliche Rentenzahlbetrag der jüngeren ostdeutschen Geburtskohorten unter das durchschnittliche Niveau der Grundsicherung im Alter. Sollte sich der Arbeitsmarkt indes günstiger als hier in einem Basisszenario angenommen entwickeln, wird dieser negative Trend zwar nicht aufgehoben, aber deutlich abgeschwächt.

Die Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland ist seit Jahrzehnten zum einen durch eine zunehmende Flexibilisierung der Beschäftigung gekennzeichnet. Dafür steht die zunehmende Verbreitung von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. Zum anderen zeigt sich ein hohes Maß an Unterbeschäftigung, die in den letzten Jahren nur wenig zurückgegangen ist. Insbesondere in Ostdeutschland sind die Langzeitarbeitslosigkeit und der häufige Wechsel von der Beschäftigung in die Arbeitslosigkeit und von dort wieder in die Erwerbstätigkeit oder in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen seit der Wiedervereinigung stark ausgeprägt gewesen. Mit Blick auf die Rentenansprüche sind davon besonders jene Alterskohorten betroffen, die erst in den kommenden Jahren in den Ruhestand wechseln werden. In den alten Bundesländern war dagegen die Entwicklung deutlich günstiger. Zwar wirkt sich auch hier der Trend zur Teilzeitarbeit aus, doch ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse auf lange Sicht – abgesehen von konjunkturellen Schwankungen – recht stabil geblieben.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Zunahme unterbrochener Erwerbsbiografien schlagen unmittelbar auf das deutsche lohnzentrierte System der Alterssicherung durch. Beitragsausfälle und geringere Beitragsbemessungsgrundlagen wirken sich negativ auf die Finanzierung des Rentensystems und die Einkommenssicherung im Alter aus.

Sozialexperten befürchten deswegen, dass diese Arbeitsmarktentwicklungen in Verbindung mit der bereits beschlossenen langfristigen Senkung des Rentenniveaus zu einer Zunahme der Altersarmut und steigenden Sozialtransfers führen könnten.¹

¹ Vgl. zum Beispiel Rische, H.: Auswirkungen von Veränderungen in der Arbeitswelt auf die Alterssicherung. In: Schmähl, W., Rische, H.

Sieben Fragen an Johannes Geyer

„Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland sorgt für sinkende Altersrenten“



Johannes Geyer,
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter in der
Abteilung Staat
am DIW Berlin

Herr Geyer, Sie haben die Entwicklung der Altersrenten in Deutschland untersucht. Wird es bei den Renten in Zukunft Einbußen geben?

Es gibt Gruppen, die in Zukunft wahrscheinlich Verluste in der Rente erleiden werden, aber auch Gruppen, die stabile Renten zu erwarten haben, und sogar Gruppen, bei denen die Rente steigt.

Wer wird Verluste erleiden, und wo wird die Altersrente stabil bleiben?

Vor allem in Ostdeutschland ist mit sinkenden Renten zu rechnen. In Gesamtdeutschland wird es in Zukunft vor allem für gering Qualifizierte sehr viel schwieriger, das bisherige Rentenniveau zu erreichen. Die einzige Gruppe, die ihre Rente auf einem niedrigen Niveau ausbauen kann, sind westdeutsche Frauen.

Wo liegen dafür die Ursachen?

Die Ursachen liegen vor allem in der steigenden Arbeitslosigkeit und der schlechten Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland, die wir für unsere Berechnung als Grundlage genommen haben.

Diese schlechte Ausgangssituation schlägt sich heute schon in den Erwerbsbiografien nieder. Da die Rente eine Bilanz des gesamten Erwerbslebens darstellt, sind jetzt 20 Jahre vergangen, in denen sich die schlechte Arbeitsmarktsituation in unterdurchschnittlichen Rentenansprüchen niederschlägt.

Warum ist die Situation bei Frauen in Westdeutschland besser?

Wir beobachten hier eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung, wenn auch auf niedrigem Niveau. Insbesondere die Teilzeitbeschäftigung hat zugenommen. Damit sammelt man natürlich auch unterdurchschnittliche Rentenansprüche. Dennoch ist das eine relative Verbesserung zu früheren Zeiten, als Frauen vielfach nicht erwerbstätig waren.

Wie hoch werden die zu erwartenden Renteneinbußen ausfallen?

Die älteren ostdeutschen Jahrgänge können heute im Mittel noch 900 bis 1 000 Euro Ren-

te erwarten. Für die jüngeren Jahrgänge, die zwischen 1962 und 1971 geboren wurden, erwarten wir Renten, die mit rund 600 Euro im Bereich der Grundsicherung liegen. Bei den Frauen steigen die Renten bis zu den Jahrgängen 1947–1951 an. Bei den darauf folgenden Jahrgängen fallen die Renten von einem Niveau von rund 800 Euro bis unter 500 Euro bei den jüngsten Jahrgängen.

Wie werden sich die Altersrenten in Zukunft entwickeln, wenn sich die Situation am Arbeitsmarkt verbessert?

In einem Alternativszenario haben wir eine günstigere Entwicklung des Arbeitsmarktes angenommen. Eine solche Entwicklung hätte enorme Auswirkung auf die zu erwartenden Renten. Allerdings kann das den negativen Trend nicht

» Auch eine bessere
Arbeitsmarktsituation
kann den negativen
Trend nicht stoppen. «

stoppen. Bei den Männern der jüngeren Jahrgänge steigen die durchschnittlich zu erwartenden Renten unter dieser positiven Grundannahme von 600 auf 700 Euro. Bei den Frauen sind es

700 Euro im zweitjüngsten und knapp 600 Euro im jüngsten Jahrgang. Wir sprechen hier über die Menschen, die nach 2020 in Rente gehen. Bis dahin sind es zwar noch mehr als zehn Jahre, es ist aber sehr schwer, die bisherigen Einbußen in dieser Zeit wieder wettzumachen.

Welche Auswirkungen haben die Rentenreformen der letzten Jahre?

Die Auswirkungen der Rentenreformen werden sich erst in der Zukunft richtig bemerkbar machen, weil sie dafür sorgen, dass die Rente im Verhältnis zu den Löhnen in geringerem Maße wächst. Dieser Effekt macht für die jüngsten Jahrgänge, die wir beobachtet haben, bereits 14 Prozent aus. Eine gegenläufige Maßnahme war die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, also die Rente mit 67. Damit kann man diese Rentenabsenkung zwar etwas kompensieren, wir kommen für diese Gruppe aber noch immer auf eine Nettoeinbuße von rund zehn Prozent.

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de/interview

So haben wir gerechnet: Fortschreibung der Erwerbsbiografien und Simulation der zukünftigen Rentenansprüche

Die Fortschreibung der Erwerbsbiografien über den Lebenszyklus und die Berechnung individueller Rentenansprüche bei Renteneintritt basiert auf einem Mikrosimulationsmodell und einem integrierten Mikrodatensatz, der die Daten des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) des DIW Berlin und des *Scientific-Use-File* der Versicherungsstichprobe 2005 (SUFVSKT2005) der Deutschen Rentenversicherung mittels der Methode des *statistischen Matching* zusammenführt.

Dadurch können Informationen zu den in den Rentenversicherungsdaten im Basisjahr 2005 erfassten Rentenanwartschaften in das SOEP integriert (*imputiert*) werden. In die Analyse einbezogen werden die Geburtskohorten 1937 bis 1971. Im Basisjahr der Simulation ist die älteste Kohorte schon in Rente und die jüngste gerade 34 Jahre alt. Dabei nehmen wir an, dass zu diesem Alter die Ausbildung abgeschlossen ist. Außerdem benötigen wir einige Beobachtungen zum Erwerbsverlauf, um Kohorteneffekte schätzen zu können. Die Simulation selbst beschränkt sich auf die Fortschreibung des zukünftigen individuellen Erwerbsverlaufs, der Erwerbseinkommen und der Rentenansprüche. Ereignisse wie Heirat, Geburt eines Kindes oder Tod werden durch die Methode der *statischen Alterung* abgebildet. Statistische Alterung bedeutet, dass anhand einer Bevölkerungs- und Haushaltsfortschreibung die Gewichtungsfaktoren der Beobachtungen entsprechend der demografischen Entwicklung angepasst werden.

Von zentraler Bedeutung für die Simulation der künftigen Erwerbsbiografien und individuellen Rentenansprüche ist die Identifikation von Kohorteneffekten in den Erwerbsbiografien. Individuelle Lohnunterschiede in einem bestimmten Kalenderjahr können sowohl auf das Alter als auch auf die Geburtskohorte zurückzuführen sein. Da Geburtskohorte, Alter und Kalenderjahr voneinander linear abhängig sind, können die Parameter dieser drei Variablen ohne weitere Annahmen nicht getrennt geschätzt (identifiziert) werden. Wir folgen hier dem Ansatz von Deaton und Paxson und nehmen an, dass

Periodeneffekte als zyklische Abweichungen von einem Trend (Konjunkturreffekte) modelliert werden können, die sich im Durchschnitt über die Zeit ausgleichen. Dies impliziert, dass ein Trend in den Daten den Kohorteneffekten zugeordnet wird.

Im hier verwendeten Mikrosimulationsmodell werden unter Berücksichtigung der geschätzten Kohorteneffekte die Erwerbsbiografien ab dem im Basisjahr 2005 erreichten Lebensalter einer bestimmten Person bis zum erwarteten individuellen Renteneintrittsalter fortgeschrieben. Die Erwerbsbiografien werden differenziert nach Vollzeit- und (bei den Frauen) Teilzeitbeschäftigung sowie Arbeitslosigkeit und (bei den Frauen) Nichterwerbstätigkeitszeiten. Das Rentenzugangsalter wird auf Basis von Daten der Rentenzugangstatistik 2006 geschätzt.

Auf Basis der simulierten Erwerbsbiografien und individuellen Löhne, die wiederum von den fortgeschriebenen Erwerbsbiografien abhängen, werden unter Berücksichtigung der Rentenformel die individuellen Entgeltpunkte im Lebensverlauf simuliert. Eine Anpassung der Regeln zur Berechnung der Renten in Ost- und Westdeutschland wird nicht simuliert. Bei der Berechnung der individuellen Renten werden die entsprechend dem erwarteten individuellen Rentenzugangsalter anfallenden Rentenabschläge berücksichtigt. Das Modell bildet in einfacher Form die Effekte der Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters ab. Die Niveauabsenkung durch den Nachhaltigkeitsfaktor wird separat simuliert und bei der Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts berücksichtigt. Das Ergebnis dieser Anpassungen ist dann die Bruttorente beziehungsweise – nach Abzug des Eigenanteils zur GKV und des Beitrags zur Pflegeversicherung – der Rentenzahlbetrag.¹

¹ Für eine detaillierte Darstellung der Datengrundlagen und Methode vgl. Geyer, J., Steiner, V.: Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel – eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland. Politikberatung kompakt Nr. 55/2010, DIW Berlin.

Zuletzt hat die von der Deutschen Rentenversicherung Bund und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegebene Studie

Altersvorsorge in Deutschland (AVID 2005) auf diese Zusammenhänge hingewiesen.²

(Hrsg.): Wandel der Arbeitswelt – Folgerungen für die Sozialpolitik. Baden-Baden 1999, 169–188; Faik, J., Roth, M., Ruland, F.: Nicht-normalarbeitsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und die Biografien Rentenversicherter. In: Becker, I. et al.: Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft. Frankfurt am Main/New York 2001, 503–542; Himmelreicher, R., Frommert, D.: Gibt es Hinweise auf zunehmende Ungleichheit der Alterseinkünfte und zunehmende Altersarmut? Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1/2006, DIW Berlin, 108–130.

² Zur AVID 2005 vgl. zum Beispiel Frommert, D., Ohsmann, S., Rehfeld, U.: Altersvorsorge in Deutschland 2005 (AVID 2005) – Die neue Studie im Überblick. Deutsche Rentenversicherung 63(1), 2008, 1–19; Nürnberger, I.: Was bekommen künftige Rentner. Neue AVID-Studie liefert wichtige Tendaussagen. Soziale Sicherheit 12/2007, 405–416. Kritisch zur AVID-Studie Hauser, R.: Altersarmut unterschätzt. Kritik an der Methode der aktuellen Studie AVID 2005. Soziale Sicherheit 12/2007, 416–419.

Erwerbsunterbrechungen und Arbeitslosigkeit beeinflussen die Rentenansprüche zum einen direkt über die Rentenversicherungszeiten. Sie haben indes auch langfristige Effekte auf die Entwicklung der Erwerbseinkommen im Lebenszyklus.³ Empirisch zeigt sich beispielsweise, dass in Ostdeutschland generell und bei den Männern auch in Westdeutschland jüngere Geburtskohorten zu einem bestimmten Alter deutlich weniger Jahre in einer Vollzeitbeschäftigung verbracht haben und wesentlich länger arbeitslos waren als ältere Geburtskohorten.⁴ Hinzu kommt ein längerer Verbleib im Ausbildungssystem. Diese sogenannten *Kohorteneffekte* können beispielsweise für Ostdeutschland damit erklärt werden, dass sich die Beschäftigungsmöglichkeiten nach der Wiedervereinigung abhängig vom Alter sehr unterschiedlich entwickelt haben. So hatte die Wiedervereinigung ganz andere Folgen für Menschen, die gerade am Beginn ihres Berufslebens standen als für diejenigen, die bereits einen Großteil ihres Berufslebens in der DDR hinter sich hatten.

Diese Kohorteneffekte haben wir in der hier vorgestellten Studie empirisch geschätzt und für die Fortschreibung künftiger Erwerbsbiografien genutzt. Als Datenbasis dafür diente das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des DIW Berlin, ergänzt um Daten der Deutschen Rentenversicherung zu den bis zum Basisjahr 2005 geklärten Versicherungskonten (Kasten). Auf Grundlage der berechneten kumulierten Erwerbs- und Arbeitslosigkeitszeiten im Basisjahr und unter Berücksichtigung der geschätzten Kohorteneffekte wurden dabei die kumulierten Erwerbszeiten und die versicherungsrelevanten Nichterwerbszeiten bis zum erwarteten individuellen Renteneintritt fortgeschrieben. In Verbindung mit geschätzten Lohnprofilen konnten wir daraus die resultierenden individuellen Rentenansprüche ableiten.

Ungünstige Arbeitsmarktentwicklung bei den jüngeren Geburtskohorten vor allem in Ostdeutschland

Die in Tabelle 1 ausgewiesenen simulierten Erwerbsbiografien bis zum individuellen Ren-

³ Vgl. Licht, G. Steiner, V.: Individuelle Einkommensdynamik und Humankapitaleffekte von Erwerbsunterbrechungen; Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 209/3–4, 1992, 242–265; Beblo, M., Wolf, E.: Die Folgekosten von Erwerbsunterbrechungen. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 1/2002, DIW Berlin, 83–94; Wunder, C.: Arbeitslosigkeit und Alterssicherung – der Einfluss früherer Arbeitslosigkeit auf die Höhe der gesetzlichen Altersrente, Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 4/2005, 2005, 493–509.

⁴ Der vorliegende Beitrag fasst die wichtigsten Ergebnisse einer vom Forschungsnetzwerk Alterssicherung (FNA) der Deutschen Rentenversicherung finanziell geförderten Studie zusammen, vgl. Geyer, J., Steiner, V.: Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel – eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland. Politikberatung kompakt Nr. 55/2010, DIW Berlin, hier Kapitel 4.1.

Wichtige Begriffe im Überblick

Bruttorente	Rente vor Abzug von Steuern und Abgaben.
Rentenzahlbetrag	Die Bruttorente nach Abzug des Eigenanteils zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung.
Rentenniveau	Bezeichnet das Verhältnis des individuellen Rentenzahlbetrags zum durchschnittlichen Bruttoentgelt aller Beschäftigten.
Standardrentenniveau	Bezeichnet das Verhältnis zwischen einer Standardrente auf der Grundlage von 45 Versicherungsjahren als Durchschnittsverdiener und dem Durchschnittseinkommen der Erwerbstätigen desselben Jahres.

teneintritt spiegeln zum einen die geschätzten Kohorteneffekte wider, zum anderen zeigen sie die strukturellen Unterschiede zwischen den Kohorten – etwa im Bildungsniveau.

In Westdeutschland sinkt bei den Männern die *kumulierte Vollzeittätigkeit* in der jüngsten Geburtskohorte gegenüber der ältesten um ungefähr drei Jahre. Diese Entwicklung verläuft bei allen Bildungsgruppen ähnlich. Hingegen steigt die *Arbeitslosigkeit* in den jüngeren Geburtskohorten mit geringer Bildung auf mehr als sieben Jahre, verglichen mit drei Jahren bei Personen mit mittlerer Bildung und zwei Jahren bei Personen mit höherer Bildung.

Bei den westdeutschen Frauen mit geringer Bildung sinkt die *kumulierte Vollzeittätigkeit* in den jüngeren Kohorten, während diese in den Gruppen mit mittlerer oder höherer Bildung zunimmt. Auch nimmt die Dauer der *Arbeitslosigkeit* in den jüngeren Kohorten bei den westdeutschen Frauen mit geringer Bildung deutlich stärker zu als bei den Gruppen mit mittlerer oder höherer Bildung.

In Ostdeutschland weisen die Simulationsergebnisse auf einen dramatischen Anstieg der kumulierten *Arbeitslosigkeit* sowie auf einen Rückgang der *Vollzeittätigkeit* in den jüngeren Geburtskohorten hin. Von dieser Entwicklung sind auch Frauen und Männer mit höherer Bildung betroffen – wenn auch in schwächerem Ausmaß. In der jüngsten Kohorte ostdeutscher Männer mit geringer oder mittlerer Bildung steigt die kumulierte *Arbeitslosigkeit* auf mehr als neun Jahre, in der Gruppe mit höherer Bildung auf mehr als fünf Jahre. Bei den ostdeutschen Frauen mit geringer

Tabelle 1

Simulierte kumulierte Biografiezeiten¹ bis zum Renteneintritt nach Geburtskohorten

In Jahren

Geburtsjahrgänge	Westdeutschland						Ostdeutschland			
	Vollzeittätigkeit			Arbeitslosigkeit			Vollzeittätigkeit		Arbeitslosigkeit	
	Geringe	Mittlere	Höhere	Geringe	Mittlere	Höhere	Geringe und mittlere	Höhere	Geringe und mittlere	Höhere
	Bildung			Bildung			Bildung		Bildung	
Männer										
1937–41	39,1	40,9	35,2	3,7	1,7	0,8	40,4	37,2	2,3	1,4
1942–46	38,6	39,4	34,3	4,0	2,1	1,3	39,4	36,5	3,6	2,1
1947–51	36,4	38,9	33,6	4,6	2,6	1,5	38,7	34,5	4,6	2,9
1952–56	37,4	39,0	33,4	5,4	2,7	1,8	37,9	33,7	6,1	3,0
1957–61	36,4	37,4	32,8	6,6	3,2	2,2	36,2	33,2	7,9	3,9
1962–66	35,3	36,4	33,7	8,2	3,1	2,0	36,1	32,3	8,0	4,1
1967–71	36,5	37,6	32,2	7,2	3,4	2,0	35,7	31,3	9,4	5,2
Durchschnitt	37,3	38,9	33,5	5,2	2,6	1,7	37,6	34,3	6,2	3,1
Frauen										
1937–41	15,5	15,5	17,4	1,0	0,7	0,5	30,6	34,8	3,1	1,8
1942–46	14,9	16,5	18,7	1,2	0,9	0,7	31,2	32,9	5,4	3,0
1947–51	16,0	17,0	19,7	1,7	0,9	1,0	30,5	33,1	6,9	3,8
1952–56	16,1	16,5	19,1	2,2	1,1	1,4	29,1	32,4	8,9	4,4
1957–61	15,5	16,2	18,7	2,6	1,2	1,3	28,4	31,5	9,9	4,8
1962–66	14,5	16,0	19,1	2,9	1,5	1,3	26,3	28,8	11,5	6,4
1967–71	14,0	16,6	19,8	3,2	1,1	1,0	24,0	26,6	13,3	7,0
Durchschnitt	15,2	16,4	19,1	2,1	1,1	1,1	28,4	31,3	8,9	4,7

¹ Ohne Berücksichtigung der Heraussetzung des Rentenalters auf 67 Jahre.

Quelle: Geyer, J., Steiner, V: Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel – eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland. Politikberatung kompakt Nr. 55/2010, DIW Berlin, Kapitel 4.3.

DIW Berlin 2010

Die Zeiten in Vollzeittätigkeit werden immer kürzer, in Arbeitslosigkeit immer länger, je jünger die Geburtskohorten sind. Je länger im Laufe eines Erwerbslebens die Zeiten von Arbeitslosigkeit sind, desto geringer fallen die Rentenzahlungen aus.

oder mittlerer Bildung sinkt die kumulierte Dauer der *Vollzeittätigkeit* von über 30 Jahren in der ältesten auf 24 Jahre in der jüngsten Kohorte, in der Gruppe mit höherer Bildung von ungefähr 35 Jahren auf weniger als 27 Jahre. Die kumulierte Dauer der Arbeitslosigkeit ostdeutscher Frauen in der jüngsten Kohorte erhöht sich bei der Gruppe mit geringer oder mittlerer Bildung drastisch auf 13 Jahre, bei der Gruppe mit höherer Bildung auf immerhin sieben Jahre.

Auswirkungen der Rentenreformen

Unterschiede in den Rentenansprüchen zwischen den Geburtskohorten ergeben sich nicht nur aus der unterschiedlichen Entwicklung der Erwerbsbiografien, sondern auch durch die Effekte der Rentenreformen der letzten Jahre. Diese betreffen die Absenkung des Rentenniveaus durch den in die Rentenberechnung eingebauten *Nachhaltigkeitsfaktor* und die Rente mit 67 Jahren. Um die Auswirkungen dieser Rentenreformen auf die zukünftigen durchschnittlichen Rentenanwartschaften in den einzelnen Kohorten abzuschätzen, wurden diese für die folgenden Szenarien berechnet:

- *Szenario I*: ohne Anhebung der gesetzlichen Altersgrenze auf 67 Jahre und ohne Rentenabsenkung
- *Szenario II*: ohne Anhebung der Altersgrenze und mit Rentenabsenkung
- *Szenario III*: mit Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre und ohne Rentenabsenkung
- *Szenario IV (Basisszenario)*: mit Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre und mit Rentenabsenkung.

In Tabelle 2 sind die Simulationsergebnisse für die Männer in Westdeutschland exemplarisch ausgewiesen. Da sich deren Erwerbsbiografien zwischen den Kohorten relativ stabil entwickeln, lassen sich anhand dieser Gruppe die Auswirkungen der Rentenreformen in den verschiedenen Szenarien gut ablesen. Die individuellen Rentenansprüche werden durch den Rentenzahlbetrag abgebildet. Dieser entspricht der Bruttorente zum Zeitpunkt des Rentenzugangs abzüglich der hier als in der Zeit konstant angenommenen Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung. Um die individuellen Rentenzahlbeträge zwischen den Kohorten vergleichen zu können, haben wir diese mit der Wachstumsrate der Löhne auf das

Jahr 2005 diskontiert. Dabei wurde eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Löhne von knapp 1,6 Prozent angenommen. Der aktuelle Rentenwert wächst wegen des Nachhaltigkeitsfaktors mit einer etwas geringeren Rate von durchschnittlich 1,2 Prozent (Tabelle 3). Das effektive Rentenzugangsalter wird als variabel angenommen, die entsprechenden Zu- oder Abschläge werden bei der Simulation des individuellen Rentenzahlbetrags berücksichtigt.

Im *Szenario I* – ohne Rentenanpassung und ohne Erhöhung des gesetzlichen Rentenzugangsalters – entwickelt sich der durchschnittliche Rentenzahlbetrag westdeutscher Männer relativ stabil. *Szenario II* zeigt, dass allein aufgrund der Rentenabsenkung alle jüngeren Kohorten unter den Zahlbetrag der ältesten Kohorte fallen. Insgesamt sinkt der Rentenzahlbetrag unter der Annahme einer konstanten Altersgrenze von 65 Jahren um acht Prozent, die prozentuelle Rentenabsenkung steigt von zwei Prozent kontinuierlich auf 14 Prozent in der jüngsten Kohorte. Dieser Effekt kann, wie *Szenario IV* zeigt, teilweise durch ein höheres Rentenzugangsalter kompensiert werden. Im Durchschnitt über alle Kohorten sinkt der Rentenzahlbetrag um rund fünf Prozent. Da die schrittweise Erhöhung des abschlagsfreien gesetzlichen Rentenzugangsalters erst im Jahr 2029 abgeschlossen ist, ist dieser Effekt bei den jüngsten Geburtskohorten am stärksten ausgeprägt: Der Unterschied in den beiden jüngsten Kohorten beträgt etwa vier Prozentpunkte.

Zukünftige Entwicklung der Alterseinkünfte

Im Folgenden präsentieren wir Simulationsergebnisse zur Entwicklung der Alterseinkünfte auf Basis der bis zum erwarteten individuellen Renteneintritt fortgeschriebenen Erwerbsbiografien und der aktuellen rentenrechtlichen Regelungen (Basisszenario).⁵ Neben dem Rentenzahlbetrag weisen wir hier auch das Rentenniveau bezogen auf das rentenrelevante durchschnittliche Bruttoentgelt im Basisjahr 2005 aus.⁶ Dabei differenzieren wir zwischen Ost- und Westdeutschland (2 433 Euro in Westdeutschland, 2 057 Euro in Ostdeutschland), um regionale Unterschiede bei den Löhnen der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer zu berücksichtigen.

⁵ Sehr niedrige Renten aufgrund geringer Beitragszeiten von (ehemaligen) Beamten und Selbständigen werden dabei nicht berücksichtigt.
⁶ Die hier verwendete Definition des Rentenniveaus unterscheidet sich von der in der Praxis gebräuchlichen, die sich meist auf einen hypothetischen Rentner mit 45 Versicherungsjahren und durchschnittlichem Einkommen in jedem Jahr bezieht.

Tabelle 2

Rentenzahlbeträge für westdeutsche Männer durch Rentenreform nach Geburtskohorten

Geburtsjahrgänge	Altersgrenze 65 Jahre		Altersgrenze 67 Jahre		Altersgrenze 65 Jahre	Altersgrenze 67 Jahre	
	ohne	mit	ohne	mit ¹	mit	ohne	mit
	Rentenabsenkung				Rentenabsenkung		
	In Euro monatlich				Gegenüber Altersgrenze 65 Jahre ohne Rentenabsenkung in Prozent		
1937–1941	1 141	1 139	1 141	1 140	-0,2	0,0	-0,1
1942–1946	1 126	1 099	1 131	1 104	-2,4	0,4	-2,0
1947–1951	1 178	1 111	1 192	1 124	-5,7	1,2	-4,6
1952–1956	1 251	1 155	1 288	1 189	-7,7	3,0	-5,0
1957–1961	1 170	1 051	1 215	1 091	-10,2	3,8	-6,8
1962–1966	1 208	1 054	1 264	1 102	-12,7	4,6	-8,8
1967–1971	1 210	1 039	1 269	1 090	-14,1	4,9	-9,9
Insgesamt	1 184	1 094	1 214	1 121	-7,6	2,5	-5,3

¹ Basisszenario.

Quelle: Geyer, J., Steiner, V: Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel – eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland. Politikberatung kompakt Nr. 55/2010, DIW Berlin, Kapitel 5.1.

DIW Berlin 2010

Die Erhöhung des Renteneintrittsalters dämpft die Rentenabsenkung infolge der Rentenreform nur leicht.

Tabelle 3

Annahmen zur Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts

	2005	2010	2020	2030	2040
Veränderung gegenüber 2005 in Prozent					
Löhne	0	8,3	26,9	48,7	74,3
Rentenwert	0	6,5	21,6	33,4	53
In Euro monatlich					
Rentenwert West	26,1	26,9	30,2	33,4	38,7
Rentenwert Ost	23,0	23,6	26,6	29,4	34
Index Löhne 2005 = 100					
Löhne	100	108,3	126,9	148,7	174,3
Renten	46,4	49,4	56,4	61,9	71,0
Standardrentenniveau	46,4	45,6	44,5	41,6	40,7

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

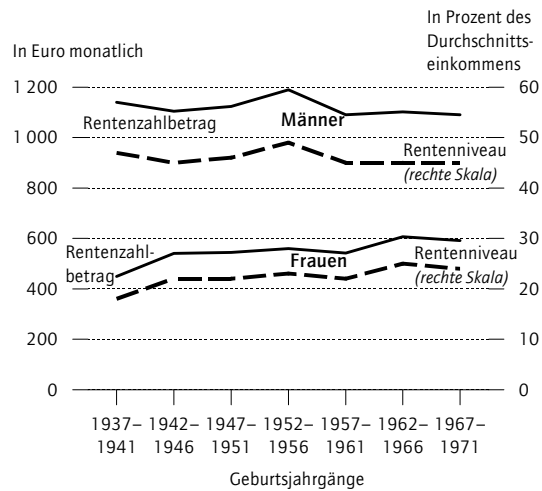
Hier wird angenommen, dass die Löhne um 1,6 Prozent und die Renten um 1,2 Prozent jährlich steigen.

Renten in Westdeutschland relativ stabil

Für westdeutsche Männer zeigt sich in den jüngeren Kohorten ein nur leichter Rückgang des Rentenzahlbetrags; das durchschnittliche Rentenniveau dieser Gruppe bleibt bei rund 45 Prozent des durchschnittlichen Erwerbseinkommens (Abbildung 1). Diskontiert auf das Basisjahr 2005, erreicht die Kohorte der 1967 bis 1971 Geborenen mit 1 090 Euro noch immer durchschnittlich gut 90 Prozent des Rentenzahlbetrags der ältesten hier betrachteten Kohorte der von 1937 bis 1941 Geborenen. Dieser Rückgang um zehn Prozentpunkte entspricht ungefähr dem Effekt der Ren-

Abbildung 1

Rentenzahlbetrag und Rentenniveau in Westdeutschland¹



¹ Basisszenario.

Quelle: Geyer, J., Steiner, V: Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel – eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland. Politikberatung kompakt Nr. 55/2010, DIW Berlin, Kapitel 5.2.1.1. **DIW Berlin 2010**

Im Westen ist mit relativ stabilen Rentenzahlungen, für Frauen sogar ein leichtes Plus zu erwarten.

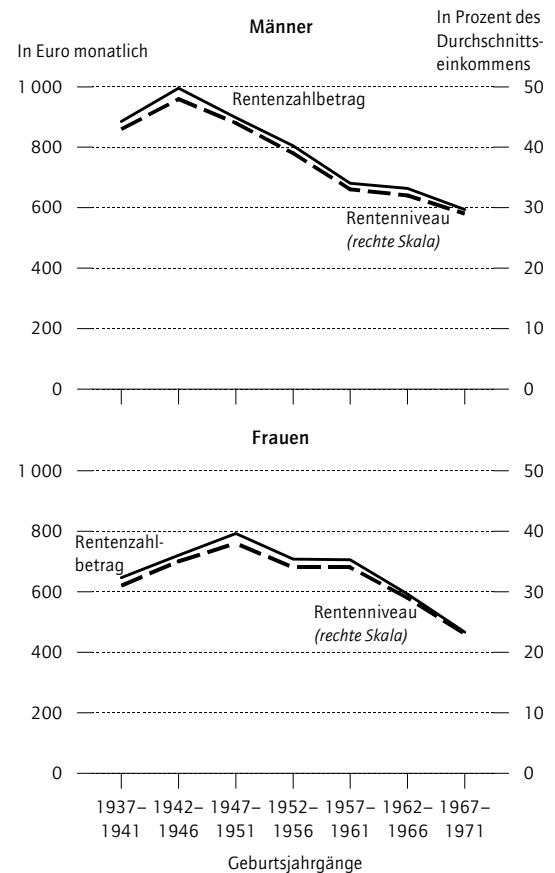
tenabsenkung kombiniert mit einem späteren Renteneintritt. Für westdeutsche Männer mit geringer Bildung liegt der Rückgang des Rentenzahlbetrags aufgrund des oben dokumentierten deutlichen Anstiegs der Arbeitslosigkeit und des Rückgangs sozialversicherungspflichtiger Vollzeitätigkeit im Lebenszyklus noch über diesem Wert.⁷ Dies wird im Mittel dadurch kompensiert, dass die jüngeren Kohorten im Durchschnitt eine höhere Bildung als die älteren Kohorten aufweisen und länger arbeiten.

Die Zunahme der Erwerbsbeteiligung und die gleichzeitige Verringerung von Zeiten der Nichterwerbstätigkeit führen dazu, dass jüngere Kohorten westdeutscher Frauen trotz der Absenkung des aktuellen Rentenwerts höhere Renten erzielen als die älteren Kohorten. Die jüngste Kohorte erreicht mit rund 590 Euro gut 130 Prozent des Rentenzahlbetrags der ältesten Kohorte, das Rentenniveau bezogen auf den westdeutschen Durchschnittslohn steigt von 18 Prozent in der ältesten auf 24 Prozent in der jüngsten Kohorte. Die Entwicklung wird zudem verstärkt durch die bessere Qualifikation jüngerer Kohorten. Allerdings ist der durchschnittliche Rentenzahlbetrag trotz dieses positiven Trends auch in den jüngeren Kohorten relativ niedrig. Im Durchschnitt über

⁷ Geyer, J., Steiner, V., a. a. O., Kapitel 5.2.1.3.

Abbildung 2

Rentenzahlbetrag und Rentenniveau in Ostdeutschland¹



¹ Basisszenario.

Quelle: Geyer, J., Steiner, V: Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel – eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland. Politikberatung kompakt Nr. 55/2010, DIW Berlin, Kapitel 5.2.1.1. **DIW Berlin 2010**

In Ostdeutschland wird die Rente für viele nahe oder sogar unter der Grundsicherung liegen.

alle Kohorten beziehen westdeutsche Frauen die geringsten Renten.

Starker Rückgang der Renten in Ostdeutschland

Wie Abbildung 2 zeigt, gehen die Rentenanwartschaften ostdeutscher Männern beginnend mit der Kohorte der von 1947 bis 1951 Geborenen kontinuierlich zurück. Während die älteste Kohorte einen Rentenzahlbetrag von knapp 890 Euro erhält – knapp 80 Prozent des Werts für westdeutsche Männer dieser Geburtskohorte –, fällt dieser Betrag über die Alterskohorten kontinuierlich bis auf einen Wert von knapp 600 Euro (67 Prozent) in der jüngsten Kohorte. Das Rentenniveau, bezogen auf den ostdeutschen Durchschnittslohn, sinkt von über 40 Prozent

in den älteren Kohorten auf knapp 30 Prozent in den jüngeren Kohorten.

Auch die Renten ostdeutscher Frauen gehen in den jüngeren Kohorten stark zurück. Verglichen mit der ältesten Geburtskohorte ostdeutscher Frauen beträgt der Rentenzahlbetrag der jüngsten Kohorte nur mehr 72 Prozent. Ungefähr elf Prozentpunkte der Differenz beim Rentenzahlbetrag zwischen diesen beiden Kohorten entfallen auf die Rentenanpassung. Die verbleibende Differenz im Rentenzahlbetrag von 17 Prozent ist auf die höhere Unterbeschäftigung und geringere Löhne in der jüngsten Kohorte zurückzuführen. Für diese entspricht das Rentenniveau nur mehr dem niedrigen Niveau der westdeutschen Frauen.

Allerdings verläuft die Entwicklung bei den ostdeutschen Frauen im Gegensatz zu den Männern nicht kontinuierlich negativ. Die jüngeren Kohorten, die nach der Wiedervereinigung oder kurz zuvor in das Erwerbsleben eintraten, waren besonders stark durch die dramatische Zunahme der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland betroffen, sogar noch stärker als die Männer. Im Unterschied dazu steigt das Rentenniveau bei den älteren weiblichen Kohorten sogar. Dieser Unterschied zu den Männern lässt sich unter anderem dadurch erklären, dass Frauen stärker im Dienstleistungssektor tätig sind und dieser weniger stark vom Arbeitsplatzabbau durch die Umstrukturierung der Wirtschaft betroffen war als beispielsweise das produzierende Gewerbe. Zudem konnten Frauen durch eine hohe Beschäftigungsquote im öffentlichen Sektor oft verhindern, dass die in der DDR gesammelte Berufserfahrung nach der Wiedervereinigung entwertet wurde.

Bei vielen Frauen wird die Rente unter der Grundsicherung liegen

Dem niedrigen durchschnittlichen Rentenzahlbetrag westdeutscher Frauen entspricht ein hoher Anteil (über alle Kohorten 58 Prozent) monatlicher Rentenzahlbeträge von unter 600 Euro. Dieser Schwellenwert ist deshalb von sozialpolitischer Bedeutung, weil er noch knapp unterhalb der durchschnittlichen Grenze der Grundsicherung im Alter liegt, wenn keine anderen Einkommen im Haushalt vorhanden sind. Insgesamt erreichen weniger als die Hälfte der Frauen der jüngeren Kohorten in Westdeutschland eine Rente von mehr als 600 Euro.

Für Frauen in den neuen Ländern führt die negative Entwicklung der Renten der beiden jüngsten Kohorten zu einer starken Zunahme von Zahl-

beträgen zwischen 300 und 600 Euro, ihr Anteil steigt um 22 Prozentpunkte auf rund 46 Prozent. Während der Anteil geringer Renten unter 600 Euro bei den Männern in Westdeutschland auch in den jüngsten Kohorten verschwindend gering bleibt, wächst dieser Anteil bei den ostdeutschen Männern sogar noch stärker als bei den Frauen und erreicht in den jüngeren Kohorten knapp ein Drittel aller Altersrenten.

Ostdeutsche können nicht auf die Rente des Partners setzen

Sehr geringe eigene Renten gehen oft mit einem deutlich höheren Rentenanspruch des Partners einher. Betrachtet man die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge der Haushaltsmitglieder, ergibt sich für Westdeutschland ein relativ stabiler Rentenzahlbetrag von durchschnittlich knapp 850 Euro pro Person.⁸ Da ein leichter Rückgang der Rentenzahlbeträge bei den Männern in den jüngeren Kohorten durch den Anstieg bei den Frauen kompensiert wird, spiegelt die Entwicklung auf der Haushaltsebene die oben auf der individuellen Ebene dargestellte Entwicklung wider.

Eine davon deutlich abweichende Entwicklung zeigt sich indes bei den Paarhaushalten in Ostdeutschland. Bis zur Kohorte der 1947 bis 1951 Geborenen erreichen diese Haushalte ungefähr das durchschnittliche Pro-Kopf-Rentenniveau westdeutscher Haushalte. Die relativ hohen und für diese Kohorten noch stabilen Renten ostdeutscher Frauen können den Rückgang bei den Männern ausgleichen. Beginnend mit der Kohorte der von 1952 bis 1956 Geborenen allerdings kommt es zu einem starken Rückgang der durchschnittlichen Pro-Kopf-Rente ostdeutscher Paarhaushalte. Da in den jüngsten Kohorten die individuellen Renten in Ostdeutschland auch bei den Frauen einbrechen, fällt die durchschnittliche Pro-Kopf-Rente ostdeutscher Paarhaushalte auf das Niveau der Grundsicherung im Alter.

Günstigere Arbeitsmarktentwicklung könnte dramatischen Rentenrückgang in Ostdeutschland dämpfen

Die oben insbesondere für die jüngeren ostdeutschen Geburtskohorten beschriebene dramatische Entwicklung basiert auf den bis zum individuellen Renteneintritt fortgeschriebenen Erwerbsbiografien, die durch die geschätzten Kohorteneffekte wesentlich von der ungünstigen ostdeutschen Arbeitsmarktentwicklung seit der Wiedervereinigung bestimmt werden. Die Simu-

⁸ Geyer, J., Steiner, V., a. a. O., Kapitel 5.2.2.

lation der zukünftigen Erwerbsbiografien basiert daher auf einem Szenario, bei dem die negative Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland sich auch in der ferneren Zukunft nicht grundlegend verbessert. Um jedoch die große Unsicherheit bei der Fortschreibung der Erwerbsbiografien insbesondere bei den jüngsten Kohorten zu berücksichtigen, haben wir auch ein Szenario *positive Arbeitsmarktentwicklung Ostdeutschland* analysiert.

Im Vergleich zum Basisszenario liegt bei diesem optimistischen Szenario der Rentenzahlbetrag im Durchschnitt über alle Kohorten bei den Männern um knapp acht Prozent und bei den Frauen um 9,5 Prozent höher. Die negative Entwicklung der Renten bei den jüngeren Geburtskohorten in Ostdeutschland wird zwar nicht umgekehrt,

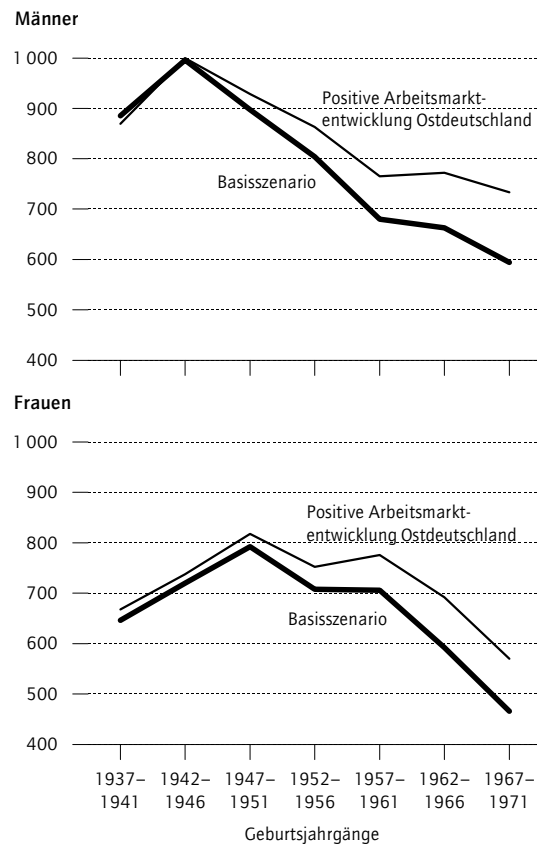
aber deutlich abgemildert (Abbildung 3). Der Rückgang des Rentenzahlbetrags in der jüngsten Kohorte der Männer wäre um elf Prozent geringer als im Basisszenario, bei den Frauen beträgt der Unterschied zehn Prozent. Allerdings bleibt bei den ostdeutschen Männern der jüngsten Geburtskohorte der Rentenzahlbetrag auch bei der angenommenen positiven Arbeitsmarktentwicklung mit rund 730 Euro deutlich hinter dem Wert von knapp 1 100 Euro zurück, den westdeutsche Männer dieser Alterskohorte erwarten können.

Die Verteilung der Rentenzahlbeträge nach Einkommensklassen zeigt im Falle einer günstigeren Arbeitsmarktentwicklung einen im Vergleich zum Basisszenario starken Rückgang des Anteils geringer Renten. Im Durchschnitt über alle Geburtskohorten sinkt der Anteil von Rentenzahlbeträgen zwischen 300 und 600 Euro um rund elf Prozentpunkte. Dabei entfällt dieser Rückgang ganz überwiegend auf die jüngeren Kohorten: Bei diesen sinkt der Anteil geringer Renten um gut 19 Prozentpunkte bei den Männern und um 16 Prozentpunkte bei den Frauen.

Abbildung 3

Rentenzahlbetrag im Szenario *positive Arbeitsmarktentwicklung Ostdeutschland*

In Euro monatlich



Quelle: Geyer, J., Steiner, V: Erwerbsbiografien und Alterseinkommen im demografischen Wandel – eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland. Politikberatung kompakt Nr. 55/2010, DIW Berlin, Kapitel 5.2.3. **DIW** Berlin 2010

Eine positive Arbeitsmarktentwicklung würde den Rückgang der Rentenzahlungen in Ostdeutschland dämpfen.

Fazit

Sowohl die Arbeitsmarktentwicklungen seit der Wiedervereinigung als auch die jüngsten Rentenreformen haben erhebliche Auswirkungen auf die zukünftigen Alterseinkünfte aus der Gesetzlichen Rentenversicherung. Während in Westdeutschland ein relativ stabiles Rentenniveau zu erwarten ist, muss in Ostdeutschland sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern mit einem dramatischen Rückgang der durchschnittlichen Rentenansprüche in den jüngeren Geburtskohorten gerechnet werden. Es zeigt sich allerdings in beiden Landesteilen, dass insbesondere gering qualifizierte Personen in Zukunft niedrige Renten erwarten müssen. Die negative Entwicklung in Ostdeutschland ist vor allem auf den dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung und den Rückgang der Vollzeit-erwerbstätigkeit zurückzuführen.

Dramatisch ist die Entwicklung vor allem in den jüngeren Kohorten. Der durchschnittliche Rentenzahlbetrag fällt in der jüngsten Kohorte unter das Niveau der Grundsicherung im Alter. Während den häufig sehr geringen Rentenzahlbeträgen westdeutscher verheirateter Frauen meist ein deutlich höherer Rentenanspruch des Partners gegenübersteht, sinkt in Ostdeutschland in unserem Basisszenario die Durchschnittsrente auch auf der Haushaltsebene in den jüngeren Kohorten unter das Niveau der Grundsicherung.

Die Entwicklung der Alterseinkünfte in Ostdeutschland wird in unserem Basisszenario wesentlich durch die Annahme bestimmt, dass sich die ungünstige Arbeitsmarktentwicklung seit der Wiedervereinigung auch in der Zukunft fortsetzen wird. Im Szenario *positive Arbeitsmarktentwicklung Ostdeutschland* gehen wir dagegen davon aus, dass sich dieser negative Trend für die jüngeren Kohorten nicht weiter fortsetzt. Die Simulationsergebnisse für dieses Alternativszenario zeigen, dass bei einer günstigeren Arbeitsmarktentwicklung die negative Entwicklung der Renten bei den jüngeren Geburtskohorten zwar nicht aufgehoben werden kann, aber doch deutlich abgeschwächt wird.

Da Alterseinkünfte aus der Gesetzlichen Rentenversicherung auch künftig für den ganz überwiegenden Teil der Rentner insbesondere in Ostdeutschland die *hauptsächliche* Einkommensquelle darstellen werden, wird deren starker Rückgang in den jüngeren Geburtskohorten die Einkommenssituation künftiger Rentner deutlich verschlechtern.

Einkünfte aus Vermögen werden dies kaum kompensieren können. So ist das durchschnittliche Vermögen in Ostdeutschland relativ gering, in den letzten Jahren sogar noch gesunken und insbesondere hinter der Entwicklung in Westdeutschland zurückgeblieben.⁹ Und natürlich ist das Vermögen insbesondere in derjenigen Al-

tersgruppe gering, die nach unseren Simulationen mit einem starken Rückgang ihrer eigenen gesetzlichen Rente rechnen müssen – also der jüngsten in die Analyse einbezogenen Kohorte. Allerdings kann gerade diese im Zyklus der Eigentumsübertragung über die Generationen hinweg in besonderem Maße mit Erbschaften rechnen. Zudem ist die staatlich geförderte private Altersvorsorge (Riester-Rente) mittlerweile in Ostdeutschland insbesondere in den jüngeren bis mittleren Altersgruppen relativ stark verbreitet.¹⁰ Weitere Risiken bestehen beispielsweise auch in der Entwicklung der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung.

Inwieweit diese weiteren Faktoren den Anstieg von Altersarmut unter zukünftigen Rentnern insbesondere in Ostdeutschland vermeiden oder sogar verstärken, lässt sich auf Basis der vorliegenden Forschungsergebnisse nicht genau beurteilen. Hier besteht weiterer und unmittelbarer Forschungsbedarf. Das höchste negative Risiko tragen jüngere Kohorten ab den Jahrgängen 1957 bis 1961 (Männer) beziehungsweise 1962 bis 1966 (Frauen) in Ostdeutschland. Das bedeutet aber, dass nach diesen Ergebnissen noch in den nächsten zehn Jahren kein dramatischer Rückgang der ostdeutschen Renten zu erwarten ist. Die lange Frist birgt dabei einerseits die Chance, Gegenstrategien zu entwickeln, aber auch die Gefahr, dass diesen Risiken politisch nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet wird.

⁹ Vgl. Ochmann, R., Steiner, V.: Vermögensstrukturen im Lebenszyklus – Immer noch große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 36/2009.

¹⁰ Vgl. Geyer, J., Steiner, V.: Zahl der Riester-Renten steigt sprunghaft – aber Geringverdiener halten sich noch zurück. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 32/2009.

JEL Classification:
H55, J26, J11

Keywords:
Old-age pension,
Lifetime employment,
Cohort effects

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Karl Brenke
Ingrid Tucci

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.